

E-Mail an die Politik – SPD

Adressat*innen

Als mitregierende Partei hat es die SPD in der Hand, das Lieferkettengesetz in den aktuellen Verhandlungen zu verteidigen und den Gesetzgebungsprozess zu nutzen, um Aspekte des Gesetzes sogar noch zu verbessern.

- Als **SPD-Bundesvorsitzende** haben **Lars Klingbeil** und **Bärbel Bas** eine besondere Verantwortung. Sie sind unter parteivorstand@spd.de erreichbar.
- Beide sind aber auch Minister*innen. Vor allem **Bärbel Bas** als Ministerin für Arbeit und Soziales kommt beim Lieferkettengesetz eine entscheidende Verantwortung zu. In ihrer Rolle als Ministerin ist sie unter poststelle@bmas.bund.de zu erreichen. Ebenso an dem Prozess beteiligt sind die SPD-geführten Ministerien für Umwelt und Klimaschutz unter **Carsten Schneider** (poststelle@bmuv.bund.de), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter **Reem Alabali Radovan** (poststelle@bmz.bund.de) sowie für Justiz und Verbraucherschutz unter **Stefanie Hubig** (poststelle@bmjv.bund.de).
- Aber auch alle anderen **SPD-Bundestagsabgeordneten** können sich dazu einbringen und sollten an ihre Verantwortung zum Schutz von Arbeiter*innenrechten erinnert werden. Auf dieser [Seite von Abgeordnetenwatch](#) sind alle SPD-Abgeordneten aufgelistet. Sucht Euch die Mitglieder raus, die ihr anschreiben möchtet.

Die E-Mailadressen von Bundestagsabgeordneten setzen sich immer wie folgt zusammen: **vorname.nachname@bundestag.de**. Umlaute werden ausgeschrieben. Für **Matthias Miersch**, den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, lautet die Adresse beispielsweise matthias.miersch@bundestag.de.

Nach diesem Muster könnt ihr alle Kontakte selbst erstellen.

Schreibt die Adressat*innen direkt von eurem E-Mailprogramm aus an. Ihr könnt dazu das folgende Textbeispiel als Vorlage nutzen.

Textbeispiel

Betreff: Lieferkettengesetz stärken statt abschwächen!

Sehr geehrter Herr [NAME] / Sehr geehrte Frau [NAME],

der Koalitionsausschuss hat angekündigt, den Anwendungsbereich des Lieferkettengesetzes drastisch absenken zu wollen. Eine solch massive Abschwächung des Gesetzes würde den Schutz von Menschenrechten und Umwelt, den das Lieferkettengesetz derzeit bietet, enorm schwächen – und widerspricht damit den Rückschrittsverboten sowohl des UN- als auch EU-Rechts. Ich bitte Sie, sich weiterhin für den Erhalt eines starken Lieferkettengesetzes einzusetzen.

Das Lieferkettengesetz ist ein Meilenstein gegen Ausbeutung und Kinderarbeit und ein großer Erfolg der SPD. Und es wirkt: Das Lieferkettengesetz stärkt die Arbeit von Gewerkschaften und führte bereits zu konkreten Verbesserungen für Beschäftigte, beispielsweise im Transportsektor in Deutschland oder auf Bananenplantagen in Ecuador. Das Lieferkettengesetz sorgt dafür, dass Unternehmen sich systematisch damit auseinandersetzen, welche Auswirkungen ihre Geschäftsmodelle auf Menschenrechte und Umwelt weltweit haben.

Mit der Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie kann das Lieferkettengesetz noch besser werden. Besonders wichtig ist eine gut ausgestaltete Haftungsregelung, damit Betroffene von Menschenrechtsverletzungen wirksam vor deutschen Gerichten klagen können. Außerdem muss die Behörde, die das Gesetz in Deutschland durchsetzt, gut ausgestattet werden und unabhängig sein. Momentan ist das Gegenteil der Fall: Das Wirtschaftsministerium hat die zuständige Behörde sogar angewiesen, das Lieferkettengesetz faktisch nicht mehr zu prüfen – ein rechtswidriges und besorgniserregendes Vorgehen.

Auch die Zivilgesellschaft ist besorgt über die Abschwächungsversuche. Eine Petition der Initiative Lieferkettengesetz wurde von mehr als 200.000 Menschen unterstützt. Ich bitte Sie, sich dem anzuschließen: Nutzen Sie Ihre politische Stimme, um sich für ein wirksames Lieferkettengesetz stark zu machen, das sowohl der Umwelt und den Arbeiterinnen und Arbeitern weltweit, als auch den Unternehmen in Deutschland nutzt.

Mit freundlichen Grüßen

[DEIN NAME]